

Grünpol



Nein zu biometrischen Pässen



Kaspar Birkhäuser
Landrat, Binningen

Die Grünen empfehlen ein Nein zur Einführung von biometrischen Pässen. Mit der zentralen Speicherung von biometrischen Daten will die Schweiz weit über das hinausgehen,

was die USA und die EU fordern. Der Schutz der persönlichen Daten darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Wer einen Pass oder eine Identitätskarte ohne biometrische Daten will, soll dies weiterhin bei seiner Wohngemeinde beantragen können. Für Reisen innerhalb der EU-Staaten genügt ein solches Dokument weiterhin vollauf.

Erst 2003 und 2006 sind neue Schweizer Pässe eingeführt worden, welche die höchsten Anforderungen erfüllen und sie zu einem der fälschungssichersten Dokumente weltweit machen. Nun wollen Bundesrat und Parlamentsmehrheit ab dem 1. März 2010 alle neuen Schweizer Pässe und in der Folge auch alle Identitätskarten mit biometrischen Daten versehen und diese auf einem RFID-Chip

speichern. Dies obwohl viele Experten auf gravierende Sicherheitsmängel der RFID-Technologie hinweisen und von einer Verwendung in Pass und Identitätskarte abraten, weil dadurch ein sicheres Dokument unsicherer würde.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement sagt verharmlosend, biometrische Angaben in Pässen würden seit jeher verwendet, nämlich durch eine Foto und die Angabe der Körpergrösse. Das Abbilden von Fingerabdrücken geht aber einen wesentlichen Schritt weiter. Und für die Grünen ist die zentrale Speicherung dieser Daten beim Bund, die Missbräuche möglich macht, überhaupt nicht nachvollziehbar. Wir wollen keine technischen Voraussetzungen schaffen für einen Überwachungsstaat.

Biometrische Pässe ohne zentrale Speicherung sollen möglich sein für alle, die sie benötigen. Die Grünen wehren sich aber gegen den Zwang. Jede Bürgerin und jeder Bürger soll weiterhin zwischen Reisedokumenten mit oder ohne Abdrücke der beiden Zeigefinger wählen können. Deshalb empfehlen die Grünen für die Volksabstimmung vom 17. Mai 2009 ein Nein.

Abstimmungsparolen 17. Mai 2009

Eidgenössische Vorlage

NEIN zur Genehmigung und Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft betreffend die Übernahme der Verordnung über **biometrische Pässe und Reisedokumente** (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

JA zu «Zukunft mit Komplementärmedizin» (Gegenentwurf zur zurückgezogenen Volksinitiative «Ja zur Komplementärmedizin»)

Kantonale Vorlagen

NEIN zum Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung

NEIN zur Änderung der Kantonsverfassung (Umsetzung der Schweizerischen Strafprozessordnung)

JA zur formulierten Gesetzesinitiative «Schutz vor Passivrauchen»

JA zu einer Zukunft mit Komplementärmedizin



Maya Graf
Nationalrätin, Sissach

Am 17. Mai können die Stimmberechtigten über einen neuen Verfassungsartikel bestimmen, der die Berücksichtigung der Komplementärmedizin durch den Bund und die

Kantone neu in der Bundesverfassung vorsieht. Dies ist ein Gegenvorschlag des Parlamentes zur Volksinitiative „Ja zur Komplementärmedizin“, dem sich nun ausser der SVP alle Parteien, der Bundesrat und die Initianten selbst an-

geschlossen haben. Diese Verankerung in der Bundesverfassung (und somit der Auftrag, die Komplementärmedizin als Teil der Grundversicherung wieder mit einzubeziehen) wurde nötig, nachdem Bundesrat Couchepin die bis anhin fünf ärztlichen Leistungen im Komplementärmedizinbereich mutwillig aus der Grundversicherung gekippt hatte. Anthroposophische Medizin, Homöopathie, Phytotherapie, Neuraltherapie und traditionelle chinesische Medizin werden bei der Bevölkerung immer beliebter. Gerade ältere und kranke Menschen können keine Zusatzversicherung abschliessen, viele können sich keine leisten, Kom-

plementärmedizin könnte ihnen aber kostengünstig helfen. Mit dem neuen Verfassungsartikel verspricht man sich aber auch, dass das gegenseitige Verständnis von Schul- und Komplementärmedizin in der Praxis und in der Akademie verbessert und die Zusammenarbeit gestärkt wird. Weiter soll die Qualitätssicherung von nichtärztlichen Therapeuten verbessert und der grosse Heilmittelschatz traditioneller Medizin bewahrt werden. Die Grünen empfehlen ein überzeugtes Ja zur Komplementärmedizin, denn nur eine integrative Medizin hat Zukunft!

Neue Strafprozessordnung: Zweimal ein klares NEIN



Klaus Kirchmayr
Landrat, Aesch

2007 haben die eidgenössischen Räte die Vereinheitlichung der Strafprozessordnung beschlossen. Damit läuft die Strafverfolgung in der ganzen Schweiz gleich ab.

Die Kantone müssen bis 2011 in Einführungsgesetzen diejenigen Sachen regeln, welche in ihrer Kompetenz liegen. Die wichtigste Frage dabei: Wer

hat die Aufsicht und ist damit Chef der Staatsanwaltschaft, welche in der neuen Strafprozessordnung für alle Schritte der Strafverfolgung zuständig ist? Soll die Regierung oberster Chef dieses machtvollen staatlichen Instruments werden, wie dies die Abstimmungsvorlage vorsieht?

Wir finden Nein, denn wer Chef ist und damit über Lohn und Beförderungen entscheidet, der kann auch Einfluss nehmen und damit Strafverfahren beeinflussen. Vor dem Gesetz müssen aber alle gleich behandelt werden und es soll

kein indirektes Privileg für die Regierung und Chefbeamte geschaffen werden. Eine unabhängige, für alle gleiche Strafverfolgung und eine Aufsicht der Staatsanwaltschaft durch die Regierung sind ein absoluter Widerspruch. Darum empfehlen die Grünen einstimmig zweimal Nein.

Weitere Infos unter www.stop-stpo.ch

JA zur Volksinitiative «Schutz vor Passivrauchen»



Madeleine Göschke-Chiquet
Landrätin und Fraktionspräsidentin, Oberwil

Die Initiative schützt Gäste und Angestellte. Sie ist einfach und klar, lässt keine Schlupflöcher oder Sonderregelungen zu und benötigt keinen grossen Kontrollapparat.

Abgetrennte, unbediente Fumoirs sind erlaubt.

Zudem sind wir damit in guter Gesellschaft: 13 Kantone und die Hälfte aller europäischen Länder haben rauchfreie Restaurants bereits eingeführt oder führen sie demnächst ein. Rauchfreie Räume sind vielerorts schon eine Selbstverständlichkeit: SBB-Züge, Flugzeuge, öffentliche Gebäude und die meisten

Arbeitsplätze.

75 Prozent des Servicepersonals befürwortet die Initiative und 71 Prozent der Basellandschaftlichen Bevölkerung raucht nicht. Somit wird die grosse Mehrheit von ihnen bisher unfreiwillig dem Rauch ausgesetzt. Passivrauchen führt in der Schweiz ferner pro Jahr zu mehreren 100 Todesfällen und Kosten von 500 Mio. Franken.

Etappensieg für die Volksinitiative «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien»



Björn Schaub
Geschäftsleiter

Der Landrat hat im Gegensatz zur Regierung den Handlungsbedarf erkannt und wünscht einen Gegenvorschlag zur Volksinitiative der Grünen Baselland «Weg vom Öl – hin

zu erneuerbaren Energien». Die Grünen halten an ihrer Energie-Initiative fest: «Weg vom Öl» soll nicht verwässert werden.

Die Volksinitiative «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien» formuliert das Ziel: Bis im Jahr 2030 soll mindestens die Hälfte des gesamten Energiever-

brauchs im Baselbiet mit erneuerbaren Energien gedeckt werden. Regierung und Parlament schaffen die notwendigen Rahmenbedingungen und ergreifen die erforderlichen Massnahmen.

Die Regierung behauptet in ihrer Stellungnahme zur Energie-Initiative, sie wolle dasselbe – aber erst im Jahr 2050. Das Parlament schloss sich dem Standpunkt der Grünen an und beauftragt die Regierung, einen Gegenvorschlag zur Energie-Initiative auszuarbeiten – allerdings nur für die Energiebereiche Elektrizität und Wärme, aber ohne Verkehr. Die Grünen sind überzeugt, die Regierung ist zu spät und das Parlament will zu wenig: Wir müssen jetzt handeln und der Verkehr hat seinen Beitrag zur

Lösung des Problems zu leisten. Der Klimawandel und seine Konsequenzen für unsere Umwelt muss mit Entschiedenheit bekämpft werden. Ebenso gilt es, die gefährliche Abhängigkeit unserer Wirtschaft und Gesellschaft von nicht erneuerbaren Energiequellen rasch zu reduzieren.

Die Baselbieterinnen und Baselbieter verbrauchen jährlich Öl im Wert von über 500 Millionen Franken. Der grösste Teil dieses Geldes fliesst ab ins Ausland. Die Grünen wollen dieses Geld in der Region investieren: in Energiespar- und Effizienzmassnahmen sowie für erneuerbare Energien. Energien von hier schaffen Arbeitsplätze im Baselbiet und sind gut für das Klima.



Wettbewerb zur Ausstellung «Ölrausch» im Naturama

Die vom Naturama realisierte Sonderausstellung «Ölrausch. Eine Ausstellung für Nüchterne» dokumentiert die grosse Abhängigkeit unserer Gesellschaft und Wirtschaft vom Erdöl und damit von Diktatoren sowie Monarchen, welche den Ölhahn auf- aber auch zudreihen können.

Die Ausstellung thematisiert zudem die Endlichkeit des schwarzen Goldes. Wie sieht eine zukünftige Gesellschaft mit sehr viel weniger oder gar ohne Öl aus? Eine Wissenstankstelle bietet Erklärungen zu Fragen rund um das Erdöl, seine Geschichte und die Folgen seiner Nutzung für die Umwelt. Diese Themen werden in einem Begleitprogramm mit zahlreichen spannenden Gesprächsrunden vertieft (siehe www.naturama.ch oder www.gruene-bl.ch).

Die Grünen Baselland verlosen zehn Gratiseintritte ins Naturama. Die Eintritte werden ausgelost unter den bis spätestens am 18. Mai 2009

richtig eingesandten Antworten auf die Frage:

Wie viel Geld bezahlt jede Einwohnerin, jeder Einwohner in der Schweiz durchschnittlich pro Jahr für Energieausgaben von Erdölbrenn- und Treibstoffen (Basis: Jahr 2007)?

Antwort einsenden an: Grüne Baselland, Postfach 267, 4012 Basel oder via Website: www.gruene-bl.ch. Wir danken dem Naturama, welches die zehn Gratiseintritte auf Anfrage hin gesponsert hat. Die Sonderausstellung im Naturama in Aarau dauert bis am 25. Oktober 2009.

Die GewinnerInnen werden schriftlich benachrichtigt. Über den Wettbewerb wird keine Korrespondenz geführt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Antwort wird in der nächsten Grünpolausgabe publiziert.

5. Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen Europas

Am 24./25. April 2009 findet im KKL in Luzern die 5. Europäische Konferenz der gentechnikfreien Regionen Europas «Food and Democracy» statt.

Wer wählen kann, verzichtet auf gentechnisch «verbesserte» Lebensmittel. Wer mitbestimmen kann, votiert für eine Landwirtschaft, die mit der Natur arbeitet und nicht mit Manipulation. Wir dürfen in der Schweiz zu Recht stolz sein, dass die Bevölkerung auch in diesen wichtigen Fragen demokratisch mitbestimmen kann. Deshalb freuen wir uns, Gastland für die 5. Internationale Konferenz der gentechfreien Regionen Europas zu sein.

Sie sind herzlich eingeladen, die spannenden Diskussionen zu Themen wie: Strategien für die Mitbestimmung in Europa, zukunftsfähige Lösungen für die Landwirtschaft und Gentech-Moratorien für andere europäische Länder mitzuverfolgen sowie aus erster Hand zu erfahren, wie sich die Bewegung für eine gentechfreie Landwirtschaft über Europa ausbreitet.

Als Präsidentin der Schweizerischen Arbeitsgruppe Gentechnologie und Mitorganisatorin der Konferenz möchte ich alle herzlich zu diesem Anlass in der Schweiz einladen. Weitere Infos unter www.foodanddemocracy.org

Maya Graf Nationalrätin und Präsidentin SAG

Eine Initiative für den öffentlichen Verkehr

Die eidgenössische Volksinitiative für den öffentlichen Verkehr wurde dieses Frühjahr von den Grünen zusammen mit 25 Allianzpartnern lanciert. Die Initiative fördert den öffentlichen Verkehr in allen Gegenden der Schweiz, indem sie die Mineralölsteuer-Einnahmen neu verteilt und zur Hälfte für den öffentlichen Verkehr verwendet. Mit den zusätzlichen Mitteln kann ein leistungsstärkerer öffentlicher Verkehr realisiert werden, der durch ein besseres Angebot die Um-

welt entlastet. Mit Ihrer Unterschrift helfen Sie mit, dass die Initiative rasch zustande kommt – siehe beiliegender Unterschriftenbogen.

Simon Trinkler, Landrat Allschwil

Gerichtswahlen im November 2009

Im November 2009 werden die Mitglieder der Bezirksgerichte und voraussichtlich ebenfalls die Richterinnen und Richter des Kantonsgerichts, des Straf- und Jugendgerichts, des Verfahrensgerichts sowie des Steuer- und Enteignungsgerichts neu gewählt.

Die Grünen Baselland sind an den Gerichten bisher nicht ihrer Wählerstärke entsprechend vertreten. Deshalb suchen wir Interessierte für eine allfällige Kandidatur. Für ein Amt als Richterin oder Richter braucht es - ausser beim Kantonsgericht - keine juristische Ausbildung, aber ein Interesse an juristischen Fragen, gute kommunikative Fähigkeiten und vor allem gesunden Menschenverstand.

Interessierte wenden sich an: Björn Schaub, Geschäftsleiter Grüne Baselland (bjoern.schaub@gruene-bl.ch).

Beat Schmidli, Justizgruppe

Maya Graf neue Fraktionspräsidentin

Die Bundeshausfraktion der Grünen Partei Schweiz hat am 17. März Maya Graf einstimmig zu ihrer neuen Präsidentin gewählt. Sie leitet damit ab Mai zusammen mit den bisherigen VizepräsidentInnen Brigit Wyss, Nationalrätin SO und Luc Recordon, Ständerat VD die Fraktion. Mit Maya Graf steht eine Frau an der Spitze der 24 köpfigen Bundeshausfraktion, welche über einen grossen politischen Rucksack verfügt: 20 Jahre parlamentarische Arbeit auf Stufe Gemeinde, Kanton und seit acht Jahren als Nationalrätin. Sie knüpfte in dieser Zeit ein grosses Netzwerk im und ausserhalb des Parlaments und profilierte sich als geschickte Strategin,

welche über die Parteigrenzen hinweg Brücken bauen kann. Bestes Beispiel dafür ist die siegreiche Abstimmung über das Moratorium für eine gentechfreie Landwirtschaft, welches die Grünen zusammen mit anderen Parteien, Umweltschutz- und Konsumentenorganisationen, Hilfswerken und Bauernverbänden gewinnen konnten.

Maya Graf erklärte vor der Fraktion, sie verstehe sich als Teamleiterin: «Mir ist wichtig, aus der Fraktion das Optimum herauszuholen. Ich möchte der Fraktion nach aussen ein klares Gesicht geben und den Einfluss der Grünen im Büro und im Rat verstärken.» Wir wünschen ihr dabei viel Freude und Erfolg!

Björn Schaub, Geschäftsleiter

AGENDA



Biopower AG in Pratteln

Thema Energie - Ausflug der Grünen Liestal

Am Samstag den 6. Juni 2009:
Biopower AG Pratteln und Heizkraftwerk Basel. Alle Infos unter www.grueneliestal.ch

Anmeldungen bis 15. Mai 2009:
kontakt@grueneliestal.ch oder Grüne Liestal,
Postfach, 4410 Liestal.

Gründungsversammlung Grüne Reinach-Aesch-Pfeffingen

Mittwoch, 22. April 09, 19.30 Uhr, Restaurant Albatros, Aumattstr. 71, Reinach

Thema: „Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien“

Gäste: Maya Graf, Nationalrätin Grüne Baselland, Fraktionspräsidentin GPS

Philipp Schoch, Präsident und Landrat Grüne Baselland

Klaus Kirchmayr, Landrat Grüne Baselland